

**Niederschrift
zur Sitzung des Finanz- und Personalausschusses des Amtes
Moorrege (öffentlich)**

Sitzungstermin: Mittwoch, den 04.09.2013

Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr

Sitzungsende: 20:35 Uhr

Ort, Raum: Amtsverwaltung Moorrege, Amtsstraße 12,
Sitzungssaal (hinterer Eingang),

Anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bürgermeister Hans-Joachim Banaschak CDU

Frau Bürgermeisterin Ute Ehmke GuB

Herr Bürgermeister Jürgen Neumann CDU bis 19.55 Uhr
(TOP 8)

Herr Bürgermeister Reinhard Pliquet SPD

Herr Bürgermeister Walter Reißler CDU

Herr Bürgermeister Udo Tesch SPD Vorsitzender

Herr Bürgermeister Karl-Heinz Weinberg CDU

Außerdem anwesend

Herr Hans-Peter Lütje CDU

Herr Georg Plettenberg CDU

Protokollführer/-in

Herr Jens Neumann

Verwaltung

Frau Nicole Förthmann Vorsitzende Personalrat

Herr René Goetze

Herr Rainer Jürgensen LVB

Frau Christine Neermann Gleichstellungsbeauftragte

Entschuldigt fehlen:

Die heutige Sitzung wurde durch schriftliche Ladung vom 22.08.2013 einberufen. Die Vorsitzende stellt fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung keine Einwendungen erhoben werden.

Der Finanz- und Personalausschuss ist beschlussfähig.

Die Sitzung ist öffentlich. Zu Punkt 12 der Tagesordnung wird die Öffentlichkeit ohne Aussprache ausgeschlossen.

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert:

Als neuer TOP 9 wird eingefügt: „*Baublockkataster Schleswig-Holstein (mündliche Berichterstattung)*“.

Als neuer TOP 10 wird eingefügt: „*Erneuerung der Heizwassererzeugung (Heiztherme)*“.

Die nachfolgenden TOP's verändern sich entsprechend.

Die Tagesordnung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Daraus ergibt sich folgende **Tagesordnung**:

Tagesordnung:

1. Wahl der/des Vorsitzenden und ihrer/seiner Stellvertreterin bzw. ihres/seines Stellvertreters
2. Information über laufende Gerichtsverfahren
3. Berichte der Bürgermeister aus ihrer Gemeinde
4. Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen
Vorlage: 152/2013/AMT/BV
5. Information über geringfügige Haushaltsüberschreitungen im I. Halbjahr 2013
Vorlage: 153/2013/AMT/BV
6. Stellungnahme des Amtes Moorrege zum Ergebnis der überörtlichen Prüfung des Amtes Moorrege und der amtsangehörigen Gemeinden - Haushaltsjahre 2007 bis 2011
Vorlage: 154/2013/AMT/BV
7. Bericht über die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem 1. Lebensjahr
8. Auszahlung von Sitzungsgeldern
9. Baublockkataster Schleswig-Holstein (mündliche Berichterstattung)
Vorlage: 155/2013/AMT/BV
10. Erneuerung der Heizwassererzeugung (Heiztherme)
Vorlage: 156/2013/AMT/BV
11. Anfragen und Mitteilungen der Verwaltung
- 11.1. Zensuszahlen
- 11.2. Reform des kommunalen Finanzausgleichs
- 11.3. Asylbewerberzahlen

11.4. Änderung der Hauptsatzungen

11.5. Fachkräftemangel

Protokoll:

zu 1 Wahl der/des Vorsitzenden und ihrer/seiner Stellvertreterin bzw. ihres/seines Stellvertreters

Zum Vorsitzenden vorgeschlagen und gewählt wird Bürgermeister Udo Tesch.

einstimmig beschlossen

7 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Herr Tesch übernimmt den Vorsitz, bedankt sich für die Wahl und hofft auch künftig auf eine gute Zusammenarbeit.

Zum stellvertretenden Vorsitzenden vorgeschlagen und gewählt wird Bürgermeister Jürgen Neumann.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 7 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

zu 2 Information über laufende Gerichtsverfahren

LVB Jürgensen informiert wie folgt über die laufenden Gerichtsverfahren:

- Klage aufgrund Schadenfalles in der Gemeinde Neuendeich

Eine beantragte Schadensregulierung wurde vom Kommunalen Schadenausgleich Schleswig-Holstein (KSA) abgelehnt. Von dem Betroffenen wurde Klageschrift beim Landgericht Itzehoe eingelegt.

- Gerichtsverfahren der Gemeinde Appen in einer Mietangelegenheit

In dem Rechtsstreit der Gemeinde Appen in einer Mietangelegenheit ist ein Urteil vom Amtsgericht ergangen. Die Beklagte Gegenpartei hat Berufung gegen das Urteil eingelegt.

- Gerichtsverfahren des Kreises Pinneberg wegen Versagung eines Bauvorbescheides in der Gemeinde Groß Nordende. Die Gemeinde Groß Nordende ist Beigeladene, da das gemeindliche Einvernehmen versagt wurde. Ein Vergleichsvorschlag vom Verwaltungsgericht liegt den Beteilig-

ten vor. Eine Entscheidung steht noch aus.

- Gerichtsverfahren des Kreises Pinneberg wegen Versagung eines Bauvorbescheides in der Gemeinde Groß Nordende. Die Gemeinde Groß Nordende ist Beigeladene, da auch in diesem Fall das gemeindliche Einvernehmen versagt wurde. Das Gericht hat dem Kläger die Rücknahme der Klage vorgeschlagen. Eine Entscheidung steht noch aus.

zur Kenntnis genommen

zu 3 Berichte der Bürgermeister aus ihrer Gemeinde

Aus den amtsangehörigen Gemeinden wird wie folgt berichtet:

Bgm. Tesch / Gemeinde Heidgraben:

- Die Erweiterung des gemeindlichen Kindergartens zur Schaffung von 10 Krippenplätzen wurde fertiggestellt. Die Baukosten belaufen sich auf rd. 400.000 €.
- Das Projekt „Markttreff“ befindet sich im Bau. Da die bauausführenden Firmen aus dem gesamten Bundesgebiet stammen, stellt sich die Abstimmung der einzelnen Gewerke als schwierig dar. Die Firmen mit weiten Entfernungen sind im Vergleich zu örtlichen Handwerkern bei den Bauausführungen terminlich wenig flexibel, so dass die Einhaltung von Fristen gefährdet ist.
- Für die Schaffung von neuen Sportplatzflächen läuft derzeit das Bauleitplanverfahren.

Bgm Pliquet / Gemeinde Neuendeich:

- Am Gemeindezentrum wird derzeit eine Spielanlage mit Kletterturm und Rutsche errichtet.
- Die Gemeinde Neuendeich wächst momentan „sanft“. Einzelne Leerstände von Gebäuden sind zu verzeichnen. Vor Ausweisung neuer Baugebiete wird zunächst versucht, etwaige Leerständen zu mindern.
- Die Straße Rosengarten wurde durch den Wegeunterhaltungsverband ausgebessert. Aufgrund des hohen Aufkommens an Durchgangsverkehr wird die Bankett ständig in Mitleidenschaft gezogen.
- Das Cafe „Schönes Leben auf dem Lande“ wird sehr gut angenommen, so dass zwischenzeitlich ein neuer öffentlicher Parkplatz auf der gegenüberliegenden Seite der Landesstraße geschaffen wurde.
- Mit den Betreibern der Windkraftanlagen Uetersen hat ein Informationsgespräch stattgefunden. Es besteht die Planung, die Windkraftanlagen auf eine Höhe von 200 m zu erhöhen, um eine bessere Ausnutzung zu

ermöglichen. Diese Erhöhung der Windräder hätte Auswirkung auf die gesamte Region.

Bgm´in Ehmke / Gemeinden Groß Nordende:

- Das letzte Grundstück im Baugebiet Förn Sandweg wurde zwischenzeitlich verkauft. Es gibt bereits erste Interessenten für weitere Grundstücke.
- Die von Sponsoren finanzierte Radwegkarte wird in Kürze aufgestellt.

Bgm Banaschak / Gemeinde Appen:

- Das Gewerbegebiet der Gemeinde Appen soll um rd. 3,2 ha erweitert werden. Da ein interessierter Investor abgesprungen ist, beabsichtigt die Gemeinde die Erschließung und Veräußerung nun in Eigenregie.
- Für das ehemalige Schlecker-Gebäude liegt ein Antrag auf Nutzungsänderung zu einem Restaurant vor.
- Die vom Landesamt für Straßenbau vorgenommenen „Flickarbeiten“ an der Ortsdurchfahrt sind aufgrund der starken Unebenheiten bei der Bevölkerung auf große Empörung gestoßen. Die Gemeinde wurde von der Maßnahme nicht unterrichtet. Nach Aussage des Landesamtes befindet sich die Straße in der Sanierungsplanung für 2014, so dass die Hoffnung auf eine komplett neue Straßendecke besteht.

Bgm Weinberg / Gemeinde Moorrege:

- In der alten Schule Klinkerstraße wurde das Heimatmuseum eingeweiht.
- Der Anbau einer zusätzlichen Fahrzeugbox an der Feuerwache wurde fertiggestellt.
- In dem neuen Baugebiet „Heidreger Ring“ wurden ca. 60 Grundstücke für Einzel- und Doppelhausbebauung erschlossen. Die ersten Bauvorhaben werden bereits umgesetzt.
- Der im Bau befindliche REWE-Markt soll voraussichtlich Mitte November eröffnet werden.
- Bei dem Bauvorhaben Ossenbrüggen Feinwerktechnik läuft der Innenausbau.
- Zwischen dem REWE-Markt und der Firma Ossenbrüggen befindet sich noch ein Grundstück mit ca. 2.000 qm, das noch nicht vergeben ist.

Bgm Neumann / Gemeinde Heist

- Die Skateanlage im Bereich der Sportanlagen, die von der AktivRegion gefördert wurde, wird in Kürze eröffnet.
- Die Resonanzen beim Jugendtreff sind sehr gut. Zwecks Verlängerung der Verträge und Finanzierung werden in Kürze die Gespräche mit den Gemeinden Moorrege und Appen geführt.

- Auf dem alten Sportplatz wurden Fitnessgeräte für Senioren aus Edelstahl aufgestellt.
- Für den Bereich zwischen Heideweg und Hochmoorweg ist eine F-Planänderung beabsichtigt, um Flächen für einen Hundeplatz und Fußballgolf auszuweisen. Die öffentliche Anhörung stieß auf sehr großes Interesse der Anlieger.
- Die Wärmeversorgung für die Grundschule über eine Nahwärmeleitung der in Heist befindlichen Biogasanlage wurde aufgrund der auslaufenden Förderperiode der AktivRegion zunächst zurückgestellt. Dieses Vorhaben soll für 2015 wieder neu aufgegriffen werden, wenn ein neues Förderprogramm der AktivRegion aufgelegt wird.
- Für den Einmündungsbereich der Hauptstraße (Landesstraße) in die B 431 soll die Einrichtung eines Kreisverkehrs (ähnlich wie in Holm) geprüft werden.
Zudem soll die gesamte Verkehrssituation entlang der B 431 im Rahmen der Ortsdurchfahrt überprüft werden.
- Am 24.08.2013 hat das Tower-Event auf dem Flugplatz Heist stattgefunden. Bei der Veranstaltung gab es keine nennenswerten Probleme. Lediglich einzelne Beschwerden über Lärmbelästigung sind bei der Gemeinde eingegangen.
- Bernd-Ulrich Netz vom Elbmarschenhaus verlässt die Integrierte Station Unterelbe (ISU) und ein Nachfolger ist zu finden.

Bgm. Reißler / Gemeinde Holm:

- Im kirchlichen Kindergarten wurde eine Regelgruppe in eine zusätzliche Familiengruppe umgewandelt und somit Plätze für Krippenkinder geschaffen. Insgesamt sind momentan 15 Krippenplätze in der Gemeinde Holm vorhanden.
- Im B-Plan 25 zwischen Bredhornstraße und Lehmweg erfolgte die Ausweisung von Wohnbauflächen für ca. 24 Wohneinheiten. Die Umsetzung erfolgt durch einen Erschließungsträger. Die ersten Bauten wurden bereits begonnen.
- Für die Realisierung des gemeindlichen Baugebietes (B-Plan 26) wurden zum Erwerb der Flächen die ersten Grundstückskaufverträge geschlossen. Die Veräußerung der Baugrundstücke soll nach Möglichkeit auch noch in diesem Jahr erfolgen.
- Aufgrund der Vollsperrung der Landesstraße zwischen Wedel und Pinneberg ist für die Dauer der Bauarbeiten ein erheblich stärkeres Ver-

kehrsaufkommen in Holm auf dem Lehmweg sowie der B 431 zu verzeichnen.

zur Kenntnis genommen

zu 4 Genehmigung von Haushaltsüberschreitungen
Vorlage: 152/2013/AMT/BV

Der Vorsitzende, Herr Tesch, verweist auf die Haushaltsüberschreitungen gemäß Sitzungsvorlage vom 20.08.2013.

Die noch zu genehmigenden Haushaltsüberschreitungen belaufen sich gemäß **Protokollanlage 1** mit Stand vom 20.08.2013 im Verwaltungshaushalt auf 25.348,12 €. Im Vermögenshaushalt liegen keine zu genehmigenden Haushaltsüberschreitungen vor.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss empfiehlt, die Haushaltsüberschreitungen im Verwaltungshaushalt mit 25.348,12 € zu genehmigen. Im Vermögenshaushalt liegen keine zu genehmigenden Haushaltsüberschreitungen vor.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 7 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

zu 5 Information über geringfügige Haushaltsüberschreitungen im I. Halbjahr 2013
Vorlage: 153/2013/AMT/BV

Auf die als **Protokollanlage Nr. 2** beigefügten geringfügigen über- und außerplanmäßigen Ausgaben der Information des Amtsvorstehers nach § 4 der Haushaltssatzung wird verwiesen.

Die geringfügigen Haushaltsüberschreitungen des I. Halbjahres 2013 belaufen sich auf 260,41 €.

Die Information des Amtsvorstehers nach § 4 der Haushaltssatzung für das I. Halbjahr 2013 wird zur Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

zu 6 Stellungnahme des Amtes Moorrege zum Ergebnis der überörtlichen Prüfung des Amtes Moorrege und der amtsangehörigen Gemeinden - Haushaltsjahre 2007 bis 2011
Vorlage: 154/2013/AMT/BV

LVB Jürgensen erläutert den Entwurf zur Stellungnahme des Amtes Moorrege zum Prüfungsbericht des Gemeindeprüfungsamtes für die Haushaltsjahre 2007 – 2011.

Die durch Prüfungsbemerkungen betroffenen Fachteams haben Teilstellungnahmen erarbeitet. Diese wurden für die Gremien des Amtes zu einer Stellungnahme zusammengefasst.

Frau Ehmke merkt an, dass zu *S. 23, Textziffer 3.4. Straßenbeleuchtung* die Straßenbezeichnung für die neue Siedlung „*Förn Sandweg*“ lauten muss.

Zu S. 24, Textziffer 3.5. Versicherungsleistungen weist Herr Jürgensen darauf hin, dass ein Versicherungsberater auf der Basis der Versicherungssummen (Gebäude und Inhalt) aller amtsangehöriger Gemeinden einen Vergleich der Versicherungsprämien vorgenommen hat. Sofern die Gebäude- und Inhaltsversicherungen aller Gemeinden in einem Paket neu ausgeschrieben werden, wäre ein Minderung um insgesamt rd. 13.000 €/jährlich möglich.

Herr Lütje erklärt, dass in der Vergangenheit für die Gemeinde Appen regelmäßig eine Überprüfung der Versicherungsleistungen stattgefunden hat. Die Gemeinde hat dann im Einzelfall über den Wechsel einer Versicherung entschieden.

Bgm. Reißler verweist auf die äußerst positiven Erfahrung (Kulanz), die die Gemeinde Holm mit der Gebäudeversicherung für das Dörpshus gemacht hat.

Bgm. Tesch weist darauf hin, dass der Wechsel der Versicherungen eine Entscheidung der jeweiligen gemeindlichen Gremien ist und auch die übrigen Versicherungsleistungen (z.B. Kulanz, bisherige Erfahrungen, unkomplizierte Schadensregulierung) eine Rolle bei der Auswahl der Versicherung spielen. Eine Überprüfung der Versicherungen je Gemeinde wird für sinnvoll erachtet.

Herr Jürgensen weist darauf hin, dass die aufgezeigten Einsparungsmöglichkeiten nicht mehr zu erwarten sind, wenn eine Überprüfung der Versicherungen für jede Gemeinde separat erfolgt, da sich das Einsparungspotenzial auf die Gesamtversicherungssumme bezieht.

Hinsichtlich der Ausführungen zu *S. 29, Textziffer 3.14. Erschließungs- und Ausbaubeitragssatzungen* weist Herr Lütje darauf hin, dass in diesem Zusammenhang auch das Thema der wiederkehrenden Beiträge zu berücksichtigen ist. Momentan liegt beim Bundesverfassungsgericht ein entsprechender Antrag vor, ob die Erhebung von wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen verfassungskonform ist. Für die Rechtssicherheit neuer Erschließungs- und Ausbaubeitragssatzungen wäre es sinnvoll, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts noch abzuwarten.

Beschluss:

Von dem Ergebnis der überörtlichen Prüfung durch das Gemeindeprüfungsamt des Kreises Pinneberg für die Haushaltsjahre 2007 – 2011 wird Kenntnis genommen.

Dem Inhalt der vom Amt Moorrege erarbeiteten Stellungnahme zum Prüfungsergebnis (**Protokollanlage 3**) wird zugestimmt.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 7 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

zu 7 Bericht über die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem 1. Lebensjahr

Bgm. Tesch berichtet, dass in der Gemeinde Heidgraben derzeit 22 Krippenplätze existieren und 6 – 7 Kinder bei Tagesmüttern betreut werden. Durch die Bereitstellung von Krippenplätzen entstehen den Gemeinden erhöhte Aufwendungen für Personal und Betriebskosten. Die angekündigten Landesmittel für die Betriebskostenzuschüsse der U 3-Kinderbetreuung sollen über den Kreis an die Kommunen verteilt werden. Eine gerechte und zeitnahe Verteilung der Landesmittel ist sinnvoll, um die Situation in den Gemeinden zu verbessern.

Bgm. Neumann berichtet, dass in der Gemeinde Heist mit der Vorhaltung von Familiengruppen und der Inanspruchnahme von Tagesmüttern momentan der Bedarf an Krippenplätzen abgedeckt ist. Im Einzelfall werden flexible Lösungen gefunden, so dass sich keine nennenswerten Probleme ergeben haben.

Bgm. Reißler erklärt, dass der Bedarf an Regelplätzen rückgängig ist und die Abdeckung der Krippenplätze durch zusätzliche Familiengruppen erfolgt. Seitens der Eltern wird jedoch ein stärkerer Wunsch nach verlängerten Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen geäußert. Um eine bedarfsgerechte Betreuung zu gewährleisten, sind flexible Öffnungszeiten sinnvoll.

Bgm. Tesch resümiert, dass in den amtsangehörigen Gemeinden der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem 1. Lebensjahr weitestgehend abgedeckt ist. Die Betreuung erfolgt insbesondere durch Krippenplätze, Familiengruppen und Tagesmütter. Im Rahmen des Konnexitätsprinzips sind den Kommunen für die Erfüllung der Aufgaben auch die entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

zur Kenntnis genommen

zu 8 Auszahlung von Sitzungsgeldern

Herr Jürgensen erläutert, dass das GPA die Handhabung der Barauszahlung von Sitzungsgeldern erneut beanstanden hat.

Die Barauszahlung von Sitzungsgeldern ist tatsächlich sehr aufwändig, zudem unsicher und antiquiert.

Das GPA hat empfohlen, die Sitzungsgelder in zwei Jahresraten zu überweisen. Auch das Problem der Versteuerung wird damit erfasst.

Gemäß § 13 der Gemeindekassenverordnung Schleswig-Holstein ist der Zahlungsverkehr nach Möglichkeit unbar abzuwickeln. Diese Regelung verpflichtet die Gemeinden, auf den Übergang zum unbaren Zahlungsverkehr hinzuwirken, durch den vor allem auch eine größere Sicherheit für die Kasse erreicht wird. Dies schließt nicht aus, dass eine Barkasse (z.B. für Gebühreneinnahmen bei Ausweisen und Pässen) unterhalten wird, die einen geringeren Kassenbestand erfordert.

Auch die Dienstanweisung für die Amtskasse Moorrege regelt, dass Zahlungen bargeldlos zu bewirken sind.

Die neue Legislaturperiode mit zum Teil neuen Gemeindevertretern und Ausschussmitgliedern bietet den idealen Zeitpunkt, um die bargeldlose Auszahlung des Sitzungsgeldes einzuführen.

Herr Lütje erklärt, dass in der Gemeinde Appen die Auszahlung der Aufwandsentschädigung für Sitzungen seit Jahren ohne Probleme bargeldlos erfolgt.

Für die Gemeinde Heidgraben tritt keine Veränderung ein, da der Bürgermeister bislang in Vorleistung getreten ist und eine anschließende Erstattung erhalten hat.

Seitens einiger Ausschussmitglieder wird angemerkt, dass die Barauszahlung des Sitzungsgeldes für viele Gemeindevertreter eine liebgewordene Tradition war. Auch die Kontrolle des Sitzungsgeldanspruches ist bei einer halbjährlichen Auszahlung schwieriger.

Grundsätzlich wird der bargeldlose Zahlungsverkehr als zeitgemäß angesehen. Herr Jürgensen wird bei Bedarf in den gemeindlichen Gremien die notwendige Überzeugungsarbeit leisten.

zur Kenntnis genommen

zu 9 Baublockkataster Schleswig-Holstein (mündliche Berichterstattung) Vorlage: 155/2013/AMT/BV

Herr Götze erläutert, dass die KomFIT Schleswig-Holstein gemeinsam mit dem Breitband-Kompetenzzentrum die Erstellung eines Baublockkatasters beabsichtigt.

Im Rahmen der Zensuserhebung 2011 sind diverse Daten (z.B. Einwohnerdaten, Gebäude, Haushalte u.ä.) erhoben worden, die für bestimmte Zwecke unter Berücksichtigung des Datenschutzes auswertbar sind. Die Informationen aus dem Zensus können von den Gemeinden für eigene Zwecke genutzt werden. Über das vorhandene Geodatenportal sind ent-

sprechende Auswertungen möglich. Da die Aufstellung des Baublockkaltasters aus einem separaten Fördertopf finanziert wird, entstehen der Gemeinde keine Kosten. Seitens der Gemeinde ist lediglich die Zustimmung erforderlich, dass die Daten auch dem Breitband-Kompetenzzentrum sowie der KomFIT zur Nutzung im Rahmen des Datenschutzes zur Verfügung gestellt werden.

Die Nutzung der Daten ist voraussichtlich nur für einen begrenzten Zeitraum sinnvoll, da der Datenbestand mit der Zeit an Aktualität verliert. Grundsätzlich wird die kostenlose Bereitstellung der Daten jedoch befürwortet.

zur Kenntnis genommen

zu 10 Erneuerung der Heizwassererzeugung (Heiztherme) Vorlage: 156/2013/AMT/BV

Herr Jürgensen erläutert die Sitzungsvorlage vom 02.09.2013.

Der Austausch der vorhandenen beiden Heizthermen (60 kW und 40 kW) gegen eine neue Heiztherme ist notwendig, da die vorhandenen Geräte erneuerungsbedürftig sind. Eine Therme ist bei der Überprüfung des Schornsteinfegers bereits durgefallen, da das Flammenbild, die Abgasdichtigkeit innerhalb des Systems und die Abgasführung nicht in Ordnung sind. Insbesondere die Wärmetauscher der Thermen bereiten erhebliche Probleme.

Anstelle der beiden Thermen kann eine Therme mit einer Leistung von ca. 115 kW installiert werden. Die Kosten betragen gemäß Kostenschätzung ca. 8.500 € incl. Mwst.. Es kann die vorhandene Abgasanlage wieder genutzt werden.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss des Amtes Moorrege empfiehlt, beide Heizungsthermen durch eine größere Heiztherme (115 kW) zu ersetzen. Die erforderlichen Mittel werden aus der allgemeinen Rücklage entnommen.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis: Ja: 6 Nein: 0 Enthaltung: 0 Befangen: 0

zu 11 Anfragen und Mitteilungen der Verwaltung

zu 11.1 Zensuszahlen

Insbesondere bei der Gemeinde Appen ergab sich eine erhebliche Abweichung der aktuellen Zensuszahlen von den bisherigen statistischen Einwohnerzahlen. Seitens der Gemeinde Appen war jedoch bereits seit Jah-

ren bekannt, dass die tatsächlichen Einwohnerzahlen deutlich unter den bisherigen statistischen Einwohnerwerten lagen. Vorsorglich wurde von der Gemeinde Appen jedoch Widerspruch gegen die Zensuszahlen eingelegt. Wie mit den Widersprüchen der Kommunen umgegangen wird, bleibt noch abzuwarten.

Bgm. Weinberg merkt an, dass auch für die Gemeinde Moorrege Schwankungen in den Einwohnerzahlen zu verzeichnen sind, die angezweifelt werden.

Herr Jürgensen erklärt, dass bei den übrigen Gemeinden die Abweichung der Zensuszahlen von den fortgeschriebenen Einwohnerzahlen in einem vertretbaren Rahmen lag. Widersprüche gegen die Zensuszahlen wurden von den Gemeinden nicht eingelegt.

zu 11.2 Reform des kommunalen Finanzausgleichs

Das vom Innenministerium in Auftrag gegebene Gutachten zur Reform des kommunalen Finanzausgleichs hat ergeben, dass danach die kreisangehörigen Gemeinden und Städte unterfinanziert sind und gestärkt werden müssen.

Die Verteilsumme des Landes im Finanzausgleich ist um rd. 200 Mio.€ zu gering, so dass eine Aufstockung der Finanzausgleichsmasse erforderlich ist.

Durch die Veränderung des Finanzausgleichs würde sich bei den Kreisen eine Minderung in Höhe von rd. 75 Mio. € ergeben. Diese Summe entspricht der Höhe der Entlastungen, die die Kreisebene durch Übernahme der Grundsicherungskosten durch den Bund erfahren. Für den Kreis Pinneberg macht dies eine Mindereinnahme von Schlüsselzuweisungen in Höhe von rd. 8 Mio.€ aus. Inwieweit sich der Kreis dann durch eine entsprechende Erhöhung der Kreisumlage bei den Kommunen refinanziert, ist fraglich.

Herr Plettenberg stellt fest, dass mit dem Ergebnis des Gutachtens der erwartete finanzielle Druck für die kleineren Gemeinden zwar abnehmen würde, jedoch nach wie vor weitere Reformen von der Landesregierung erwartet werden. Die geplante Mindestzahl von 20.000 Einwohnern für Amtsverwaltungen ist vermutlich noch nicht vom Tisch. Es wird angeregt, mit umliegenden Ämtern und Gemeinden Gespräche zu führen, um die Selbstverwaltung der Gemeinden zu stärken.

Seitens der Ausschussmitglieder wird für sinnvoll erachtet, die Thematik in der Arbeitsgruppe zur Zukunftssicherung des Amtes zu behandeln und die weitere Vorgehensweise zu beraten.

zu 11.3 Asylbewerberzahlen

Im Amtsbereich ist nach wie vor eine stetige Steigerung der Asylbewerberzahlen zu verzeichnen. Die Unterbringung erfolgt durch Unterbringung in gemeindlichen Notunterkünften sowie die Anmietung von zusätzlichem Wohnraum.

zu 11.4 Änderung der Hauptsatzungen

In der Sitzungsperiode des 4. Quartals werden Anpassungen der Hauptsatzungen den gemeindlichen Gremien zur Beratung vorgelegt, da einige redaktionelle Änderungen (z.B. Spendenregelung) erforderlich sind.

zu 11.5 Fachkräftemangel

LVB Jürgensen weist darauf hin, dass in Zukunft auch für den Bereich des öffentlichen Dienstes ein Fachkräftemangel droht. Auch die Anzahl der aktuellen Bewerbungen auf einen Ausbildungsplatz beim Amt Moorrege ist deutlich rückgängig.

Für die Richtigkeit:

Datum: 13.09.2013

gez. Udo Tesch

gez. Jens Neumann
Protokollführer